Gesetz- und Verordnungsblatt

für das

österreichisch-illirische Küstenland,

bestehend aus der gefürsteten Grafschaft Görz und Gradisca, der Markgrafschaft Istrien
und der reichsunmittelbaren Stadt Triest mit ihrem Gebiete.

Jahrgang 1904.

XVII. Stück.

ausgegeben und versendet am 25. Oktober 1904.

22.

Kundmachung der k. k. kustenländischen Statthaltereii vom 16. September 1904, Bl. 22378,

mit welcher das Übereinkommen zwischen der Staatsverwaltung und dem Landesauschusse von Istrien, betreffend die Ausführung der im § 1, lit. a, des Gesetzes vom 13. Juli 1902, L.-G.-Bl. Nr. 10 ex 1903, bezeichneten Verbauung der Wildbäche im Quietotal, verlaublich wird.

§ 1.

Die Verbauung der Wildbäche im Quieto-Gebiete ist bis Ende des Jahres 1911 im Rahmen des Generalprojektes aus dem Jahre 1896 gemäß der von der k. k. forsttechnischen Abteilung für Wildbachverbauung, Sektion Villach, auszuarbeitenden einzelnen Detailprojekte, welche der Genehmigung des k. k. Ackerbau-Ministeriums im Einvernehmen mit dem Landesauschusse von Istrien unterliegen, auszuführen.

Wenn sich im Laufe der Durchführung Abänderungen der Projekte als notwendig oder zweckmäßig herausstellen, kann das k. k. Ackerbau-Ministerium im Einvernehmen mit dem Landesauschusse von Istrien dieselben genehmigen, sofern hiemit nicht eine Überschreitung der im Maximum mit 550.000 Kronen festgesetzten Gesamtkosten verbunden ist.

§ 2.

Die Arbeiten werden durch die k. k. forsttechnische Abteilung für Wildbachverbauung, Sektion Villach, durchgeführt.

Die Bauleitung wird einem vom k. k. Ackerbau-Ministerium zu bestimmenden Organe dieser Sektion übertragen, welchem zur unmittelbaren Beaufsichtigung der Bauten nach Bedarf eine zweite forsttechnische Kraft beigegeben werden kann.

Die sämtlichen Aktivitätsbezüge, Reisegebühren und Pauschalien dieser staatlichen Organe während ihrer Verwendung bei der Unternehmung, einschließlich des Aufwandes für die Projektansarbeitungen, sind aus dem Baufonde zu decken und hat die vom Ackerbau-Ministerium vorzunehmende Refundierung tunlichst noch im gleichen Gebarungsjahre zu erfolgen.

§ 3.

Die Detailprojekte sind nach den Vorschriften der §§ 12, 13 und 14 des Gesetzes vom 30. Juni 1884, R.-G.-Bl. Nr. 117, zu behandeln und der Bauleiter hat hierbei als Vertreter des Unternehmens zu intervenieren.

§ 4.

Das jährliche Arbeitsprogramm bedarf der vorherigen Genehmigung des Landesauschusses und des k. k. Ackerbau-Ministeriums. Zu diesem Behufe wird der Bauleiter zu Beginn eines jeden Jahres rechtzeitig im Wege der k. k. forsttechnischen Abteilung für Wildbachverbauung, Sektion Villach, dem k. k. Ackerbau-Ministerium das Arbeitsprogramm für dasselbe, mit den nötigen Plänen und Voranschlägen belegt, vorlegen und das k. k. Ackerbau-Ministerium wird dasselbe im Wege der k. k. Statthaltereien in Triest dem Landesauschusse übermitteln.

In analoger Weise ist vorzugehen, wenn sich während des Baujahres eine Änderung des für dasselbe genehmigten Arbeitsprogrammes als zweckmäßig herausstellt. Dem Vorstande der Wassergenossenschaft ist es freigestellt, in das Jahresprogramm Einsicht zu nehmen, so lange sich dieses bei dem Landesauschusse befindet, und allfällige Bemerkungen zu machen, welche im Wege der k. k. Statthaltereien dem k. k. Ackerbau-Ministerium vorzulegen sind.

§ 5.

In der Regel hat die Ausführung der Arbeiten in eigener Regie zu erfolgen. Es bleibt jedoch dem Bauleiter überlassen, im Affordwege einzelne, hierfür geeignete Arbeiten ausführen zu lassen.